

Leipziger Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes

Abonnementspreis für einen Monat einschließlich Beleglohn 6.— Mk., bei Selbstabholung 5.50 Mk. Durch die Post bezogen vierteljährlich 18.— Mk., für einen Monat 6.— Mk. — Preis der Einzelnummer 30 Pfg. — Telefon für Konjor und Expedition: 2721 und 4596. — **Postfachkonto Nr. 53477**

Redaktion: Leipzig, Tauchaer Str. 10/21
Telegramm-Adresse: Volkszeitung Leipzig
Telephon 13603. — **Verlag in Leipzig,**
Tauchaer Straße 10/21 — Telephon 4596

Insertenpreise: Die 7 gespaltene Kolonelleise oder deren Raum 1.00 Mk., bei Platzvorschrift 2.00 Mk.; Familiennachrichten, die 7 gespaltene Zeile 1.70 Mk. Reklame-Kolonelleise 7.50 Mk. — Telefon für die Inseraten-Abteilung 2721
Schluß der Inseraten-Aufnahme für die künftige Nummer vormittags 9 Uhr

Die Leipziger Volkszeitung erscheint täglich nachmittags mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Bestellungen nehmen die Austräger, Zweiggeschäfte und alle Postanstalten entgegen.

Das Steuerprogramm der Reichsregierung. 80 Milliarden neue Steuern!

Berlin, 6. Juli. (Eigene Drahtmeldung der L. V.) Die Vossische Zeitung macht heute Angaben über das angebliche Steuerprogramm des Reichsfinanzministers Wirth. Danach soll der Ertrag der neuen und der erweiterten bestehenden Steuern 80 Milliarden Mark ergeben, die zur Hälfte durch direkte Steuern und zur Hälfte durch indirekte Steuern aufgebracht werden sollen. Seitens der Vossischen Zeitung in der Aufzählung die direkten Steuern mit den Vermögenssteuern gleich, deren Gesamttrag auf 50 Milliarden geschätzt wird. Diese Darstellung zeigt eine völlige Verkennung des Steuerproblems; gerade in der schwierigen Abmessung der wahren Vermögenssteuern gegenüber den Einkommensteuern und den sonstigen den Konsum belastenden Steuern liegt das schwierige Problem, das das Reichskabinett zu lösen hat.

Ueber die eigentliche Vermögenssteuer dieses angeblichen Steuerprogramms (Vermögenssteuer, Vermögenszuwachssteuer und das Reichsnotopfer) führt die Vossische Zeitung aus, daß das Reichsnotopfer veredelt werden soll. Das würde bedeuten, daß der Plan des Reichswirtschaftsministers Schmidt fallen gelassen worden ist und man sich im Kabinett zum Plane des Reichsfinanzministers bekannt hat. Nach den Informationen unseres Berliner Korrespondenten ist diese klare Entscheidung aber bloßer Schein, keineswegs erfolgt, sondern man hat eine eingehende Behandlung dieses Problems für die kommenden Sommermonate aufgespart. Die Vossische Zeitung behauptet demgegenüber, daß die Reform des Reichsnotopfers in der Form gedacht sei, daß seine Einbringung auf zehn Jahre zusammengeklärt werden soll und bei seiner Bemessung vom Gegenwartswert ausgegangen, also die Geldentwertung in Rechnung gestellt werden soll.

Berlin, 6. Juli. (L. V.) Das Reichskabinett hat am Dienstag seine Beratungen über die Steuerfragen abgeschlossen. Wie verlautet, hat man sich bei der Beratung über die Denkschrift des Reichsfinanzministers, die vom Staatssekretär Hirsch ausgearbeitet worden ist, auf einer mittleren Linie geeinigt.

Ein einigermaßen sicheres Urteil über das Steuerprogramm, auf das sich das Reichskabinett anscheinend bereits geeinigt hat, wird sich erst fällen lassen, wenn Wirth seine Grundzüge in seiner „großen Rede“ entwickelt haben wird. Unter diesem Vorbehalt und unter dem weiteren der Richtigkeit der Informationen der Vossischen Zeitung müssen wir aber schon jetzt unsern Protest dagegen laut werden lassen, daß die Einigung über das Steuerprogramm auf Kosten des Proletariats erfolgt ist, auf dessen Schultern die Hauptlast der neuen Steuern — 40 Milliarden neue indirekte Steuern! — gewälzt werden soll. Wenn die Reichssozialisten, von allen guten Geistern verlassen, den Boden der sozialistischen Steuerpolitik verlassen haben, wir als die einzig wahrhaften Vertreter des Proletariats müssen auf der schärfsten Gegnerschaft gegen alle indirekten Steuern, die niemals berechtigter war als in dieser Zeit der drückendsten Not des Proletariats, beharren und dem Steuerprogramm der Regierung den Kampf ansagen.

Die Friedensverhandlungen in Dublin.

Welch gewaltige Wandlung in den Machtverhältnissen zwischen England und Irland seit der Hinrichtung Casements eingetreten ist, lassen schon die Formalien der Einigungsverhandlungen zwischen Unterdrückten und Unterdrückten erkennen: die englische Regierung läßt den Führer der Rebellen, den „Präsidenten der irischen Republik“, zu Unterhandlungen nach London ein und erkennt damit die irischen Rebellen gleichsam als kriegsführende Macht an. De Valera aber knüpft seine Zusage an die Bedingung, daß vorerst in Dublin Verhandlungen zwischen Südb- und Nordirland stattfinden und erreicht damit, daß sich die Verhandlungen nicht in London, sondern in Dublin abspielen und daß nicht nur die Unterleute, sondern auch die englische Regierung ihre Vertreter dorthin schicken muß, um mit den Iren als einer gleichwertigen Macht über die Friedensbedingungen zu verhandeln. Da die Verhandlungen so auch schon äußerlich auf einer ganz andern Grundlage geführt werden als bei allen früheren Verständigungsversuchen, ist diesmal zum ersten Male in der Geschichte des englisch-irischen Krieges die Möglichkeit einer Verständigung gegeben.

Ueber den Fortgang der Verhandlungen liegen heute folgende Meldungen vor:

London, 5. Juli. Wie die Blätter aus Dublin melden, erklärte der Bürgermeister von Dublin nach Schluß der Konferenz der Führer der Sinnfeiner und der Unionisten, die Verhandlungen hätten einen friedlichen Charakter gehabt. In den letzten drei oder vier Stunden habe eine der schwierigsten Konferenzen stattgefunden, die jemals in England abgehalten wurden. Er hege große Hoffnung, daß aus diesen Besprechungen viel Gutes hervorgehen werde.

In einem Leitartikel erklärt Daily Chronicle, die Dubliner Konferenz bedeute einen großen Schritt vorwärts. Selbstverständlich bestände kein Abkommen, bevor Sir James Craig (der Premierminister von Nordirland, D. Red.) ihm zugestimmt habe. Der Dubliner Korrespondent des Daily Telegraph meldet, die Beratung bis Freitag habe u. a. den Zweck, dem Premierminister

von Nordirland Gelegenheit zu geben, an der Konferenz teilzunehmen.

Ein englischer Regierungsvertreter in Dublin.

London, 5. Juli. Den Morgenblättern zufolge wurde gestern abend in Dublin offiziell bekanntgegeben, daß General Smuts sich heute nach Dublin begeben wird, wo er mit hervorragenden Persönlichkeiten, darunter De Valera, zusammenzutreffen soll.

London, 5. Juli. General Smuts ist gestern vormittag in Kingston angekommen und hat sich nach Dublin begeben, wo er mit dem Bürgermeister eine Unterredung hatte. Während seines Aufenthalts in Dublin wird er Gast des Bürgermeisters sein.

Wie die Blätter melden, hat sich der Premierminister von Nordirland Sir James Craig gestern abend nach London begeben.

Der Press Association zufolge verlautet zuverlässig, die Streitkräfte der Krone in Irland seien angewiesen, allmählich alle Gewaltmaßnahmen einzustellen, um das Friedenswerk nicht zu stören. Man rechnet mit einer einseitigen Einstellung der Feindseligkeiten in Irland.

Drohender Streik der städtischen Arbeiter Berlins.

Unverständliche Haltung des Magistrats.

Berlin, 6. Juli. (Eigene Drahtmeldung der L. V.) Ueber den Streik der Gutsarbeiter hat gestern eine von 3000 Berliner Funktionären der Gemeindegewerkschaft beschlossene Versammlung ihre Entscheidung getroffen. Die Funktionäre des Lohnkartells haben erklärt, der Magistrat lehnt es ab, einen vom Reichsarbeitsministerium zu berufenden Schlichtungsausschuß anzuerkennen. Er erklärt sich zwar bereit, mit der Organisation der Funktionäre des Lohnkartells der Gemeindegewerkschaft zu verhandeln, jedoch sei weder auf Zugeständnisse finanzieller Beziehung, noch hinsichtlich des Mitbestimmungsrechts zu rechnen. Die Versammlung beschloß deshalb einstimmig 1. über die Frage des Solidaritätsstreiks heute in den Betrieben eine Urabstimmung vorzunehmen, 2. zu empfehlen, für den Eintritt in den Streik zu stimmen.

Selbst der Vorwärts bemerkt zu diesem Verhalten des Magistrats: „Noch ist es Zeit, allerhöchste Zeit freilich für den Magistrat, durch Entgegenkommen die drohende Lahmlegung der gesamten städtischen Betriebe zu verhindern. Zu diesem Zweck darf nichts unversucht bleiben, was irgendwie dazu führen kann, den Streik beizulegen.“

Der Magistrat hatte eine Einigung daran scheitern lassen, daß er außer der Ablehnung der Vermittlung des Reichsarbeitsministeriums gleichzeitig beschloß, daß Gutsarbeiter, die bis zum 6. Juli die Arbeit nicht aufnehmen, entlassen sind, daß ferner die Deputate eingestellt werden und für die Gewerkschaft keine Beförderung mehr gegeben wird. Ueber die Lage der Gutsarbeiter selbst berichtet die Rote Fahne: „Die Arbeiterinnen erhielten dort 70 Pfg. bis 1.40 Mk. Stundenlohn. Keinerlei Deputate oder Naturalbezüge wurden dabei gewährt. Familienwäter erhielten Kartoffeln und einige kleinere Deputate, dafür aber nur 48 bis höchstens 72 Mk. Wochenlohn. Der Magistrat hat jede Lohnverbesserung endgültig verweigert.“ Die Aussichten für die Beendigung des Streiks der städtischen Arbeiter erscheinen angesichts der intransigenten Haltung des Magistrats sehr gering.

Die italienischen Sozialisten und die neue Regierung.

Lugano, 6. Juli. (L. V.) Die Sozialisten sind zur schärfsten Opposition gegen das Kabinett Bonomi übergegangen, da das Kabinett eine Reihe von Reaktionen enthalte. Schärfste Opposition sagen auf Geheiß ihres Führers Annunzio auch die vereinigten Faschisten, Nationalisten und Rechtsparteien an. Auch verschiedene Christen sind unzufrieden. Selbst die Fraktionen, aus deren Vertretern sich das Ministerium zusammensetzt, sind unzufrieden, da jede eine größere Vertreterschaft in der Regierung haben möchte. Der Anant steht in dem Kabinett einen gehorsamen Diener Frankreichs.

Die kommunistischen Gewerkschaftszersplitterer an der Arbeit.

Berlin, 6. Juli. (Eigene Drahtmeldung der L. V.) Die Rote Fahne veröffentlicht eine Nachricht aus Moskau vom 3. Juli, in der es heißt: Heute wurde der erste internationale (kommunistische) Gewerkschaftskongress feierlich eröffnet. Anwesend sind 200 Vertreter aus 20 Ländern. Auf der Tagesordnung stehen folgende Resolvente: Rosmer: Berücksichtigung des internationalen Gewerkschaftsrates; Bucharin und Losowsky: Die Weltwirtschaftskrise, Aufgaben und Taktik der Gewerkschaften; Snowjew und Rosmer: Gewerkschaften und Parteien, Die Gewerkschaftsinternationale und die kommunistische Internationale; Sektari: Gewerkschaftsverbände, Fabrik- und Betriebsausschüsse; Oberowitsch: Die Gewerkschaftsverbände und Kontrolle der Produktion durch die Arbeiter; Hest und Watkins: Die Arbeitslosigkeit. Ein noch zu erennender Referent wird über die internationalen Gewerkschafts- und Industrievereinigungen sprechen; Losowsky über: Organisationsfrage und Wahlen.

Steuern.

B. A. Die Veröffentlichungen über den Reichshaushaltplan für das Rechnungsjahr 1921 haben nunmehr bewiesen, daß zur Deckung der entstehenden Ausgaben mindestens ein Betrag von weiteren hundert Milliarden Mark außer den bereits durch die bestehenden Steuergesetze aufkommenden Summen erforderlich sein wird. Die gegenwärtige steuerliche Leistung wird demnach allein für die Erfordernisse des Reiches mindestens verdreifacht werden müssen. Die offensichtliche finanzielle Notlage sämtlicher Länder und Gemeinden zwingt aber außerdem zur Beschaffung größerer Einnahmen für diese wichtigen öffentlich-rechtlichen Körperschaften, deren Bedürfnisse ohne schwere Schädigung bedeutsamer sozialer Interessen keinesfalls außer acht gelassen werden können. Gegenwärtig liegen die großen Lasten der Wohnungsbeschaffung, die Milliardenbeträge erfordert, fast vollständig auf den Schultern der Gemeinden; die meisten sozialen Einrichtungen, die sich nicht selbst tragen können — wie Krankenhäuser, Irrenanstalten, Volkshäuser, Lungenheilstätten, Armenpflege und viele andre — sind entweder im Besitz der Kommunen oder erweiterter Kommunalverbände wie der Kreise und Provinzen. Die Arbeitslosigkeit zwingt zur Inangriffnahme von großen Notstandsarbeiten, die gewöhnlich hohe Anforderungen an die Finanzkraft der durch die Reichsfinanzgesetzgebung in ihren steuerlichen Rechten auf das äußerste beschränkten Gemeinden stellen und für die Beihilfen des Reiches aus der produktiven Erwerbslojenfürsorge nur einen ungenügenden Ausgleich zu bieten vermögen. Schon dieser Hinweis auf einige Ausgabentriebe der Gemeinden und Gemeindeverbände zeigt zur Genüge, daß es unmöglich sein wird, sich einfach über den Geldbedarf derselben hinwegzusetzen, sondern daß auf jeden Fall für die dringendsten Erfordernisse Mittel beschafft werden müssen und daß mit der Parole der Sparbarkeit die tatsächlich vorhandenen und sich überall vermehrenden Schwierigkeiten nicht aus der Welt geschafft werden können.

Mit den bisherigen Methoden der ständigen Schuldenerhöhung des Reiches und der Inanspruchnahme der Notentpresse geht es auf die Dauer nicht weiter. Die zunehmende Inflation des Geldmarktes führt zu einer Heraufhebung der Warenpreise, zur weiteren Verschlechterung unsrer Valuta und der damit verbundenen nominalen Erhöhung der für die Reparation auszuweisenden Summen. Erfahrungsgemäß vermag die arbeitende Bevölkerung ihr Einkommen niemals entsprechend der sinkenden Kaufkraft des Geldes zu steigern, die Verminderung des Real-Einkommens trotz zahlenmäßig hoher Löhne und Gehälter ist das selbstverständliche Folge. Besonders schwer betroffen aber werden die Erwerbslosen, die Kurzarbeiter und das große Heer der Invaliden, Rentner und der nicht mehr über die volle Arbeitskraft verfügenden älteren Personen, die zumeist nirgends eine auch nur schlecht entlohnte Arbeit zu finden vermögen und nicht selten dem Hungertode preisgegeben sind. Die Wirkungen dieser finanziellen Katastrophenspolitik haben wir in den letzten Jahren penigend kennengelernt, außerdem können wir aber an der noch weitergegangenen Entwicklung in Deutschland oder Polen sehen, bis zu welchen Konsequenzen dies führen kann.

Die Ausgaben müssen durch Einnahmen gedeckt, die Zinsen für etwaige Anleihen aus ordentlichen Einkünften aufgebracht werden! Seitdem durch die Finanzwirtschaft des Kaiserlichen Deutschland während des Krieges dieser Grundsat aufrecht gehalten und das rechtzeitige Anziehen der Steuerhebel auf Einkommen und Vermögen mit demagogischen Nebensarten abgelehnt wurde, ist es zu keiner energischen Maßnahme gekommen, die einen wirklichen Ausgleich zwischen Einnahmen und Ausgaben erreichen konnte. Die Erzberger'sche Finanzreform hat bei dem Reichsnotopfer vollkommen versagt, aus einer großen Vermögensabgabe ist ein verspätet veranschlagter Zuschlag zur Einkommenbesteuerung geworden, bei der Einkommensteuer hat sie bisher nur die Arbeits-einkünfte erfasst, dagegen die Veranlagung und Heranziehung der großen Gewinne aus Industrie, Handel, Gewerbe und Landwirtschaft bis heute noch nicht durchgeführt. Die Schaffung des Reichsfinanzapparats, der an sich notwendig ist und ständig vervollkommen werden muß, hat bis heute dazu beigetragen, daß eine kaum übersehbare Kasse von Rückständen sich aufgehäuft hat, und daß auf diese Weise eine Verzögerung eingetreten ist, die das Reich Milliardenbeträge kostet wird. Die verlangsamte Veranlagung und Erhebung fördert zudem selbstverständlich die Schuldenwirtschaft und trägt dadurch zu der Inflation und Erhöhung des Preisniveaus erheblich bei.

Die erforderlichen Summen an Einnahmen für das Reich, die Staaten und Gemeinden müssen beschafft werden. In längerer man die einschneidende Finanzreform und Steuergesetzgebung hinauszögert, um so größer wird das Defizit und um so schwieriger muß die Sanierung werden, wenn man nicht durch einen offenen Staatsbankrott die Zahlung der Riesenbeträge eingegangener Schuldenverpflichtungen einfach zu annullieren gedenkt!